

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).
Amtsblatt

Telegramm-Adresse
 „Tageblatt“, Riesa.

Postfach-Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 127. Montag, 5. Juni 1893, Abends. 46. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, dem Ausgabestellen, sowie am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Nachnahme für die Nummer des Ausgabebetages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gebühr.
 Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kasanienstraße 59. — Für die Redaction verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

Öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses

Sonnabend, den 10. Juni 1893,
 Nachmittags 1/2 3 Uhr

im Verhandlungslokal der königlichen Amtshauptmannschaft.
 Die Tagesordnung hängt im Anmeldezimmer der Kanzlei zur Einsichtnahme aus.
 Großenhain, am 1. Juni 1893.
 Die königliche Amtshauptmannschaft.
 v. Wislitz.

A. 137.

Erledigt

ist der heute hinter dem Schloßer **Gottlieb August Henschel** aus Saathain erlassene Streckbrief durch Ergreifung Henschels.
 Riesa, am 3. Juni 1893.
 Königl. Amtsgericht.
 Geldner.

Im Hotel zum „Kronprinz“ hier sollen
Dienstag, den 6. Juni 1893, von Vormittags 10 Uhr an
 1 Dugend Paar Herren-Halbstiefel, 10 Paar Herrenstiefel, 2 Dugend Paar Herrenstiefel, 3 Paar lange Stiefel, ca. 100 Meter Planel und Barquent, 5 Jagd- und 8 wollne Damenwesten, 6 Normalhemden, 7 dergl. Hosen, 12 wollne Vorhemden und 1 Kleidersecretair gegen sofortige Bezahlung meistbietend versteigert werden.
 Riesa, den 1. Juni 1893.

Der Ger.-Vollz. beim Königl. Amtsgericht.
 Secretär Eidam.

Bekanntmachung.

Mit Genehmigung der königlichen Amtshauptmannschaft Großenhain wird wegen gründlicher Herstellung des **Frausitz-Poldauer Communicationsweges**, derselbe vom **6. bis 12. Juni d. J.** für den Fahrverkehr gesperrt und Regierer über Gostewitz verwiesen.
 Frausitz, den 27. Mai 1893.
 Eidner, Gemeinde-Vorst.

Tagesgeschichte.

In den am 3. d. M. in dem Auswärtigen Ausschusse der ungarischen Delegation gegebenen Exposé des Grafen Kalnoth über die auswärtige Lage erinnerte der Minister an die in der letzten Session abgegebenen Erklärungen über die auswärtige Politik, insbesondere über die Bündnisse Oesterreich-Ungarns. Die Erklärung des Kaisers, daß seither in der politischen Lage der Monarchie keinerlei Aenderung eingetreten sei, beziehe sich selbstverständlich auch auf das Verhältnis Oesterreich-Ungarns zu den verschiedenen Mächten. Endlich sei wohl die Zeit gekommen, um nicht alljährlich die Festigkeit und Dauerhaftigkeit des Dreibundes betonen zu müssen. Es sei erstaunlich, daß das Wegbleiben dieser ausdrücklichen Betonung Deutungen im entgegengesetzten Sinne erfahren konnte. Er könne auf das bestimmteste bestätigen, daß an den Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu Deutschland und Italien sich in keiner Beziehung etwas geändert habe; dieselben seien so intim und fest wie jemals und würden dies auch bleiben. Dem Ausspruch des Kaisers, daß die Beziehungen zu allen Mächten sehr freundschaftlich seien, lägen keine besonderen Ereignisse zu Grunde. Das Gefühl der Sicherheit und die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens stärkten sich; es sei in dieser Beziehung seit einiger Zeit eine gewisse sehr erfreuliche Progression bemerkbar. Der Minister machte darauf aufmerksam, daß die Ansprache des Kaisers einen zweiten Theil gehabt habe, in welchem festgesetzt werde, die Regierung erachte nach wie vor die Sorge für die stete Entwicklung der Wehrfähigkeit und der Schlagfertigkeit des Heeres für ihre Pflicht. Nicht in den politischen Intentionen der einzelnen Mächte, wohl aber in der ganzen militärischen Situation liege eine gewisse Gefahr, welche jedoch, wie dies schon jetzt erfreulicherweise der Fall sei, durch die guten Beziehungen zwischen den Monarchen und den Regierungen sich allmählich vermindere und schließlich wohl ganz beseitigt werden solle. Der Minister erinnerte sodann daran, daß auch in früheren Ansprachen der Balkanstaaten nur ausnahmsweise Erwähnung geschehen sei, als die Dinge in Bulgarien eine bedrohliche Wendung nahmen und in der öffentlichen Meinung auch in Oesterreich-Ungarn sich vielfach Besorgnisse kundgaben. Jetzt sei die Lage auch in dieser Richtung geklärt und es sei daher zu einer besonderen Erwähnung kein Anlaß gegeben. — In Bezug auf Italien stimme er der Ansicht des Referenten vollkommen zu; es gehe überall Minoritäten mit besonderen Wünschen. Die Hauptsache sei, daß die weitläufig überwiegende Mehrheit der italienischen Nation sich bei jeder Gelegenheit für die Friedenspolitik ausspreche. Die jüngsten Ereignisse in Serbien seien so ruhig verlaufen und vom Lande so rückhaltlos acceptirt worden, daß von einer Revolution eigentlich nicht die Rede sein könne; die Großjährigkeit des Königs sei einfach um kurze Zeit vorgezogen worden. Graf Kalnoth erklärte sodann, er hoffe auf eine weitere ruhige Fortentwicklung der Dinge in Serbien und auf eine glückliche Regierung des jungen Königs. Oesterreich-Ungarn mache in Serbien keine Politik und wünste hauptsächlich entgegenkommende freundschaftliche Beziehungen der serbischen Regierungsorgane zu Oesterreich-Ungarn und einen freundschaftlichen Verkehr der beiderseitigen Bevölkerung. In dieser Beziehung hätten sich die Dinge unter der letzten Regierung viel gebessert und auch von der gegenwärtigen Regierung

seien die besten Versicherungen gegeben. Da sich in der allgemeinen Situation in den letzten Monaten nichts geändert habe, so erachte er es nicht für erforderlich, die einzelnen Mächte besonders zu erwähnen. Da jedoch ein Delegirter speziell Rußlands gedacht habe, so glaube er versichern zu können, daß sowohl bei dem Kaiser Alexander III. wie bei dessen Regierung nur günstige Dispositionen gegenüber Oesterreich-Ungarn vorherrschten und es könne nur erfreulich sein, wenn die schon früher guten Beziehungen zu Rußland sich noch weiter verbessern. Dies werde allmählich eines der gewichtigsten Motive dafür werden, daß die militärische Spannung in Europa aufhöre, die Anspannung der Wehrmacht aller Staaten ein Ende erreiche und normale Zustände eintreten, welche Oesterreich-Ungarn, das nur eine Politik des Friedens verfolge, als sein Ziel betrachte. Bis dahin gehe Oesterreich-Ungarn mit pflichtgemäßer Vorsicht auf seine Wehrfähigkeit, aber zugleich auch mit Rücksicht auf seine Finanzen vor; namentlich sei das Kriegsministerium bestrebt, für die bewilligten Summen etwas Bleibendes zu schaffen, was sich unter allen Umständen für die Armee nützlich erweisen werde. — Die hierauf folgende Abstimmung ergab die einstimmige Annahme des beantragten Vertrauensausdrucks für den Grafen Kalnoth, worauf in der Spezialdebatte das Budget des Ministeriums des Auswärtigen unverändert angenommen wurde. — Sämmtliche Morgenblätter besprechen in ihrer letzten Nr. das Exposé des Grafen Kalnoth in dem Auswärtigen Ausschusse der ungarischen Delegation, äußern sich sehr befriedigt über das unveränderte Fortbestehen der Festigkeit und Intimität der Beziehungen der Dreibundmächte und betonen die Wichtigkeit der Erklärungen betreffs der österreichisch-russischen Beziehungen. Das „Fremdenblatt“ führt aus, die Worte des Grafen Kalnoth würden die Wirkung haben, daß überall, wo eine mißverständliche Auffassung herrschte, dieselbe zerstört und mit der altbekannten Thatsache gebührend gerechnet werde, daß der Dreibund als ein starker Schutzwall des Friedens in Europa in imponirender Stärke dastehe. Die „Neue freie Presse“ hebt hervor, die Schilderung des Grafen Kalnoth bezüglich der österreichisch-russischen Verhältnisse sei ein wichtiges und überraschendes Ereigniß. Heute mache Kalnoth keinen Unterschied zwischen den Beziehungen der Höfe und denjenigen der Kabinette. Die daran geknüpften Hoffnungen müßten jeden Menschenfreund mit wärmster Befriedigung erfüllen. Die „Presse“ sagt, die Gegner des Dreibundes würden die Ueberzeugung festhalten müssen, daß dessen Gefüge nicht zu erschüttern sei, und daß er unentwegt an dem Prinzip einer defensiven Friedenspolitik festhalte. Die Äußerungen Kalnoths über Rußland würden überall großen Eindruck machen.

Deutsches Reich. Wie nachträglich aus Danzig bekannt wird, brachte der Kaiser bei seiner kürzlichen Anwesenheit im dortigen Kasino der Leibjäger einen Trinkspruch auf sein tapferes Offiziercorps aus. Der Kaiser betonte dabei, daß sich (in Folge des Stapellaufes der „Gismon“) ein neues Band der Freundschaft und Kameradschaft um seine Marine und seine Armee geschlungen und sprach die Hoffnung aus, daß, wenn die Armee und die Marine eine gleichmäßige Würdigkeit unter einander fänden, er keine Besorgniß für die Zukunft hätte. Die Grundpfeiler des Staates seien die Armee und die Marine. Der Kaiser gedachte des Wahlpruches des verstorbenen Prinzen Friedrich Karl, welcher

lautete: Die beste Parade sei der Friede; Durch diesen Prinzen sei das Vorbild eines Reiteroffiziers gegeben und an dessen Wahlpruch halte er auch fest. Die ersten Tugenden des Soldaten seien Treue und Gehorsam, an weiter nichts solle er sich lehnen.

Der Kaiser hat sich, wie die „Köln. Ztg.“ wissen will, endgültig gegen die Abhaltung einer neuen Antislaverei-Lotterie ausgesprochen. In Folge dessen werde der Ausschuss der Antislaverei-Lotterie, der übrigens am Ende seiner Mittel ist, voraussichtlich zur baldigen Auflösung schreiben.

Der bayerische Landtag ist am Freitag aufgelöst und die Neuwahlen sind auf den 5. und 12. Juli anberaumt worden. Das ist insofern auffallend, als allgemein angenommen wird, um diese Zeit werde der neue Reichstag zur Berathung der Militärvorlage versammelt sein. In diesem Falle dürfte die Aufsetzung des Wahltermins für die bayerischen Reichstagsmitglieder sehr unbequem sein. Oder ist die bayerische Regierung der Meinung, daß nicht mit einer Reichstagsession in der ersten Hälfte des Juli zu rechnen sei?

Aus Anlaß der Ernennung von Reichskommissaren für Maßregeln zur Verhütung der Einschleppung der Cholera im vorigen Jahre ist die Frage streitig geworden, wie die Kosten, welche durch deren Anordnungen erwachsen sind, zwischen dem Reiche und den Bundesstaaten zu vertheilen sind. Insbesondere handelte es sich dabei um die Kosten, welche den Bundesstaaten dadurch erwachsen sind, daß Fahrzeuge und andere Verkehrsmittel den Reichskommissaren zur Verfügung gestellt wurden und von ihnen dienlich gebraucht worden sind. Die Erledigung dieser streitigen Frage hat eine besonders aktuelle Bedeutung insofern, als sie zugleich eine feste Grundlage für die finanzielle Ordnung der Sache sichern würde, falls es notwendig werden sollte, auch vor dem Erlaß eines Reichsgesetzes mit der Bestellung von Reichskommissaren für den bezeichneten Zweck vorzugehen. Zur Erledigung dieser streitigen Frage sind zwischen den beteiligten Ressorts des Reiches und der beteiligten Bundesstaaten kommissarische Verhandlungen eingeleitet, welche im Reichsamt des Innern ihren Anfang genommen haben.

Von verschiedenen Seiten ist es, wie der „Magdeb. Ztg.“ aus Berlin geschrieben wird, der Regierung nahegelegt worden, außer der Militärvorlage in der bevorstehenden ersten Session des neuen Reichstages noch einige andere dringende Angelegenheiten abwickeln zu lassen. Die Anregungen sollen auf Berücksichtigung nicht zu rechnen haben. Die Regierung bleibt dabei bestehen, daß augenblicklich das dringendste Interesse der Militärvorlage gehört. — Was die Handelsverträge anbetrifft, so hat die Reichsregierung ihren bisherigen Standpunkt ebensowenig geändert. Es steht fest, daß sie alles daran setzen wird, die noch ausstehenden Handelsverträge mit Serbien, Rumänien, Spanien und Rußland im Reichstage durchzusetzen; würde sie dabei auf besonders heftigen Widerstand stoßen, so würde sie nach der „Magdeb. Ztg.“ noch einmal zu einer Auflösung des Reichstages schreiten. Wie gesagt, treten jedoch augenblicklich alle derartigen Erwägungen hinter dem Interesse der Regierung für das Zustandekommen der Militärvorlage zurück.

Auf die Berliner Parade folgte am Sonnabend Vormittag die zweite große Parade zu Potsdam im Lustgarten. Es wohnten ihr mit dem Kaiser bei die Prinzen Heinrich und Friedrich Leopold, der Graf von Turin, Prinz Friedrich August von Sachsen, Herzog Albrecht von Württemberg, der